

**Haupt-  
versammlung**  
der Lichtenberger LINKEN,  
26. April, 10 Uhr (Ort wird  
noch bekanntgegeben)



Foto: DIE LINKE

Am 8. März ist Frauentag und am 21. März Equal Pay Day. Wie im vergangenen Jahr geht es dann um Lohngleichheit, denn noch immer verdienen Frauen hierzulande im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer. Heißt: Bis zum 21. März 2014 müssten sie arbeiten, um für das Jahr 2013 auf das Gehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen.

## Jeder Tag ist Frauentag

„Die größte Gefahr für die Gleichberechtigung ist der Mythos, wir hätten sie schon.“

Grete Nestor

Von uns gibt es viele: Frauen, die emanzipiert und selbstbewusst leben. So, wie wir wollen und mit wem wir wollen. Wir verdienen unseren Lebensunterhalt selbst. Einige von uns machen Politik, andere führen Unternehmen. Die Frauenbewegung hat in ihrem unermüdlichen Kampf viel erreicht. Frauenrechte sind gesetzlich verbrieft, und sogar Frauenquoten für große Konzerne werden mehrheitsfähig.

Doch wir wissen auch, dass Gleichberechtigung kein Geschenk ist. Wir müssen unsere Rechte immer wieder auf's Neue verteidigen. Echte Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, Mädchen und Jungen ist noch längst nicht erreicht. Die Benachteiligung der Frauen in unserer Gesellschaft ist allgegenwärtig. Die Liste der Dinge, die es zu verändern gilt, ist lang: ein niedrigerer Verdienst, niedrigere Renten, schwierige Aufstiegschancen, diskriminierende und sexistische Verhaltensweisen einiger Männer,

häusliche Gewalt, Vergewaltigungen und familiärer Zwang.

Die Benachteiligung der Frauen verschwindet nicht so einfach, und antiquierte Rollenmuster werden weiter reproduziert. Frauen werden nach wie vor bevormundet. Der Beratungszwang vor Schwangerschaftsunterbrechungen und das Festhalten an der Rezeptpflicht für die „Pille danach“, das sind unzulässige Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Frauen.

Und es gibt auch immer wieder Rückschläge. Zu nennen ist das Betreuungsgeld, mit dem Frauen an die Familie gebunden und vom Erwerbsleben abgehalten werden.

Der 8. März ist Kampftag und Feiertag zugleich. Überall wird es Aktionen und Kundgebungen, Ehrungen und Auszeichnungen geben. Wir wollen zeigen, dass wir das Erreichte gern feiern, aber auch gewillt sind, für unsere Rechte zu kämpfen. Dieser Tag soll uns Frauen Kraft geben. Denn eigentlich ist jeder Tag Frauentag. Wir Frauen fordern, was uns zusteht: Die Hälfte von allem – die volle Gleichberechtigung! *Evrin Sommer, Bezirksvorsitzende der LINKEN, Lichtenberg*

## Trickserei

Die Lichtenberger SPD möchte ein Spaßbad auf dem Gelände des Tierparks. Damit solle die Anziehungskraft des Tierparks gesteigert und zugleich eine Lücke in der Bäderversorgung in Lichtenberg geschlossen werden. Der geneigte Leser reibt sich die Augen.

Etwas 500 Meter vom Tierpark entfernt befindet sich die Schwimmhalle Sewanstraße und einige Straßenbahnstationen weiter das Freibad in Karlshorst.

Warum man dem neuen Tierparkdirektor solche unausgegorenen Vorschläge vor Amtsantritt auf den Weg gibt, mag in der besonderen Gastfreundschaft der SPD liegen. Dabei ist die SPD in der besonderen Pflicht, ihre Hausaufgaben zu machen und dem Tierpark mit der neuen Leitung endlich die Chance zu geben, sich im Sinne des Masterplanes 2020 auf den Weg zu machen. Dazu gehört auch, sich im Senat und Abgeordnetenhaus dafür einzusetzen, dass die von der BVV auf Initiative der LINKEN beschlossenen Investitionsmittel freigegeben werden. Spaßbadideen gehören nicht dazu.

DIE LINKE fühlt sich dem Tierpark – einem Wahrzeichen Berlins – verpflichtet und setzt sich dafür ein, dem neuen Direktor die Zeit für ernsthafte Überlegungen zur Weiterentwicklung zu geben. Seit vielen Jahren engagieren sich viele Mitglieder der Lichtenberger LINKEN im Förderverein des Tierparks für die Weiterentwicklung des größten Landschaftstierparks Europas.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Lücke in der Bäderversorgung in Lichtenberg zu schließen. Dazu gehören vorrangig die Wiedereröffnung des Hubertusbades und die Erweiterung der Öffnungszeiten der Bäder.

Wie wichtig das ist, zeigt eine Bürgerinformation, wonach der öffentliche Schwimmhallenbetrieb der Anton-Saefkow-Halle ab September 2014 eingestellt werden soll.

Ein Einwohnerantrag, dass diese Planungen nicht vollzogen werden sollen, ist auf den Weg gebracht.

*Michael Grunst, Bezirksvorsitzender der LINKEN, Lichtenberg*

## Was heißt hier „Mütterrente“?

Am 29. Januar hat die Bundesregierung für Eltern, deren Kinder vor dem 1. Januar 1992 geboren wurden, statt der bisherigen Anrechnung von einem Jahr Kindererziehungszeit pro Kind zwei Jahre beschlossen. Dieses Gesetz soll nach Beschlussfassung im Bundestag und Bundesrat zum 1. Juli diesen Jahres in Kraft treten.

### Regelungen

Die Verbesserung bei den Kindererziehungszeiten wird auch auf den Rentenbestand angewendet und soll pauschal mit einem persönlichen Entgeltpunkt erfolgen (Zuschlagsregelung). Bei einer Verzögerung aus verwaltungstechnischen Gründen sollen entsprechende Zahlungen rückwirkend zum 1. Juli 2014 erfolgen.

Ein Entgeltpunkt entspricht zurzeit einem Wert von

- 25,74 Euro in den neuen Ländern und in Ost-Berlin sowie
- 28,07 Euro in den alten Ländern und in West-Berlin.

Es soll keine Minderung des Zahlungsbetrags durch Abschläge (zum Beispiel bedingt durch Frühverrentung wegen Arbeitslosigkeit) eintreten.

### Keine Antragspflicht

Eine Beantragung dieser verbesserten Kindererziehungszeiten bei den Rentenversicherungsträgern ist nicht erforderlich. Hier und dort kursierende Antragsvordrucke erschweren den Rentenversicherungsträgern sogar die Lösung ihrer eigentlichen Aufgaben und sollten daher unterlassen werden.

Für die Rentenzugänge ab dem 1. Juli 2014 (Neurentner) erfolgt die Berücksichtigung der Leistungsverbesserung im Rahmen der normalen Antragsstellung für die Altersrente. Die Betroffenen sollten allerdings darauf achten, dass in den ihnen regelmäßig zugesandten Renteninformationen die verbesserten Kindererziehungszeiten auch ausgewiesen sind.

### Die Mütterrente schließt nicht die Gerechtigkeitslücke!

Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag, hat die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage zur Mütterrente ausgewertet. Als PDF downloaden unter: <http://goo.gl/fvsuDZ>

Nur in wenigen Ausnahmefällen ist eine Beantragung der Kindererziehungszeiten erforderlich, z. B.

- wenn Selbständige durch die Kindererziehungszeiten und die Zahlung zusätzlicher freiwilliger Beiträge einen Anspruch auf eine kleine Rente erwerben können;
- wenn Mütter, die vor 1992 drei (oder mehr) Kinder geboren, aber ansonsten keine Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, durch die Neuregelung einen Anspruch auf sechs Jahre Kindererziehungszeit haben und damit die Zugangsvoraussetzung von mindestens fünf Jahren Beitragszeiten für eine Rente erfüllen.

In solchen und ähnlichen Fällen ist zu empfehlen, auf jeden Fall eine Rentenberatung in Anspruch zu nehmen.



Sie, die so neugierig und skeptisch zugleich in die Welt schaut, ist ein Ost-Kind einer Ost-Mutter. Das heißt: Ihre Mutter bekommt weiterhin weniger Rente als ein West-Mutter.

### Kürzungen

Unbenommen bleibt aber die Regelung, wonach Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten mit Entgeltpunkten für sonstige Beitragszeiten zu ermitteln und ggf. zu begrenzen sind. So kommt es demzufolge vor allem bei den Eltern (überwiegend Frauen) zu Kürzungen, die frühzeitig nach der Geburt eines Kindes ihre berufliche Tätigkeit wieder aufgenommen haben.

Weitere Kürzungen können sich ergeben, wenn der Rentenzugangsfaktor, z. B. wegen Rentenabschlägen, kleiner als 1 ist.

Und von den zusätzlichen Entgeltpunkten pro Kind gehen Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung (8,2 Prozent für Krankenversicherung und 2,05 Prozent für Pflegeversicherung) ab.

(Nach einer Information der Volkssolidarität)

## KOMMENTIERT

### Gerechtigkeit

*Das Geschrei ist groß. Vor allem die Junge Union empört sich über einen „Komplott mit den Alten gegen die Jungen“. Ministerin Nahles hingegen feiert sich, weil „nun endlich eine Gerechtigkeitslücke geschlossen“ werde.*

*Keine der beiden Positionen stimmt. Es ist erstens durchaus angemessen, dass Eltern pro Kind drei Entgeltpunkte bekommen. Aber warum nur für Kinder, die nach 1992 geboren wurden? Warum gibt es für die davor Geborenen keine Gleichstellung? Von der Schließung einer Gerechtigkeitslücke kann also keine Rede sein, höchstens von einer abgeminderten, aber nach wie vor bestehenden Ungerechtigkeit.*

*Zweitens wird der Ost-West-Gegensatz zementiert. Warum ist ein Entgeltpunkt West deutlich höher dotiert als ein Entgeltpunkt Ost? Warum werden die Entgeltpunkte reduziert, wenn Frauen in der DDR die ausgebaute Betreuungslandschaft in Anspruch nahmen und schnell wieder arbeiten gingen? War vielleicht die feste Absicht der SPD, dieses Gesetz zu machen, der Grund, dass diesmal die Rentenangleichung Ost an West im Koalitionsvertrag einvernehmlich nicht auftaucht?*

*Und zum dritten wird jeder kritischen Stimme entgegnet, dass allein bis 2030 die „Mütterrente“ 105 Milliarden verschlingen würde. Auf's Jahr gerechnet sind das sieben Milliarden, und die dürfen doch locker im Staatshaushalt – z. B. bei den unnötigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr – zu erwirtschaften sein. Man könnte ja die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Gesine Löttsch (DIE LINKE), konsultieren ...*

*Doch diese Summe soll gar nicht von den Steuereinnahmen, sondern von den Rentenkassen, also den Rentenversicherungen selbst, gezahlt werden. Wenn es also einen Komplott gibt, dann nicht der Alten gegen die Jungen, sondern der Großen Koalition gegen die Alten. Und auch gegen die Jungen und deren künftige Renten. Macht sich da die SPD, die ganz sicher auch diese Regelung durchboxen musste, nicht zur Komplizin eines fortgesetzten Rentenbetrugs?*

Peter-Rudolf Zotl





## Allerlei Tiere in der Stadt

Lichtenberg gehört weltweit zu den Großstädten mit den meisten Tieren. Und damit sind nicht nur die im Bezirk registrierten 8000 Hunde gemeint. Allein der Tierpark Berlin beherbergt 7500 Tiere in rund 900 Arten. Und im Tierheim am Hausvaterweg in Falkenberg werden täglich mehr als 1400 Tiere betreut. Über 200 Pferde stehen im Pferdesportpark Berlin-Karlshorst mit seiner 120 Jahre alten Rennbahn. Hinzu kommen die Tiere der Lichtenberger Bauern- und Pferdehöfe in Malchow, Falkenberg und Warthenberg und die Heck-Rinder der Naturschutzstation Malchow.

### Betreuung und Schutz

Um den Tierschutz zu gewährleisten und Tierseuchen zu vermeiden, ist tierärztliche Betreuung erforderlich. Zuständig ist dafür im Bezirksamt das Ordnungsamt mit dem Fachbereich Veterinär- und Lebensmittelaufsicht bzw. das Amt für regionalisierte Ordnungsaufgaben für den „Hunde- und Katzenfang“. Auf den Internetseiten des Bezirkes sind die Aufgaben dieser Einrichtungen umfangreich und detailliert dargestellt. Auf einige dieser Aufgaben sei hier besonders hingewiesen.

Das sind die Tierseuchenbekämpfung und der Tierschutz. Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontrollieren die ge-

werbliche Tierhaltung und prüfen die Sachkunde der Halter und Züchter. Ganz wichtig und sehr aufwendig ist die Überwachung des „Tierverkehrs“, also etwa des Austauschs des Tierparks mit Zoologischen Gärten auf der ganzen Welt. Auch die Attestierung privater Tiere im internationalen Reiseverkehr gehört dazu.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes untersuchen Bissvorfälle und ahnden Verstöße, erteilen Genehmigungen für das Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten und für Veranstaltungen mit Tieren. Beratung erfolgt für Tierhaltung und Tierschutz.

### Bürgerinnen und Bürger sind gefragt

Leider müssen auch immer wieder Anzeigen zu tierschutzwidrigen Haltungsbedingungen bis hin zu regelrechten Misshandlungen von Tieren bearbeitet werden. Hier sind aufmerksame Mitmenschen gefragt: Sollte so etwas bekannt werden, muss es beim Ordnungsamt angezeigt werden. Die Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Entlaufene Tiere aus allen Bezirken Berlins werden vom Lichtenberger Amt für regionalisierte Ordnungsaufgaben in die Tiersammelstelle auf dem Gelände des Tierheims gebracht und dort vorübergehend verwahrt. In solchen Fällen sollte dort schnell nachgefragt werden, denn jeder Tag kostet Geld.

*Andreas Prüfer (DIE LINKE)  
Stellvertretender Bezirksbürgermeister*

## Europas größtes Tierasyl

Im Tierheim betreuen und versorgen 75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zu 12000 Tiere. Träger ist der 1841 gegründete „Tierschutzverein für Berlin und Umgebung Corporation e.V.“, der rund 1500 Mitglieder hat. Die Finanzierung erfolgt allein aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen.

Auf dem 16 Hektar großen Gelände gibt es drei Katzenhäuser, ein Vogelhaus, ein Kleintierhaus, sechs Hundepavillons, eine Notaufnahme für Nutztiere sowie eine Auffangstation für Reptilien, Affen und andere exotische Tiere. Das Tierheim verfügt über eine eigene Tierarztpraxis. Am Rande des Tierheims befindet sich ein Tierfriedhof.

### Tiersammelstelle

Fundtiere (nur Haustiere) werden von 8–16 Uhr (an Feiertagen von 8–12 Uhr) in der Amtlichen Tiersammelstelle des Bezirksamtes Lichtenberg, Hausvaterweg 39, 13057 Berlin-Falkenberg entgegengenommen.

- **Kontakt:** Telefon: 76 888-201, -203, E-Mail: [tiersammelstelle@tierschutz-berlin.de](mailto:tiersammelstelle@tierschutz-berlin.de)

*Weitläufig ist das Gelände in Falkenberg, auf dem das Tierheim errichtet wurde. Es ist das größte seiner Art in Europa.*



Foto: Tierschutzverein für Berlin und Umgebung



## Dranbleiben!

Wer ist schneller? Die Ampel oder die Fußgänger? Mit dieser Frage sind Lichtenberger und ihre Gäste täglich an der Ampelkreuzung Rüdiger-/Siegfriedstraße konfrontiert.

Claudia Höth aus der hiesigen Basisgruppe der LINKEN erfuhr das dieser Tage erneut. Gemeinsam mit dem „info links“-Reporter testete die Angestellte des Sana-Klinikums an einem arbeitsfreien Vormittag noch einmal die Taktfrequenzen der Ampel am Freiaplatz in zahlreichen Versuchen. Und wir zählten für die Überquerungen der Straße sage und schreibe zwischen 5 und 25 Sekunden bis zum Rot!

Gering sind die Chancen, die Straße bei Grün zu überqueren, nicht nur für Rollis und Eltern mit Kinderwagen, sondern auch für jene Schülerinnen und Schüler der nahen „Grundschule auf dem Lichtenberg“, die demnächst aus ihren Klassenzimmern in der Atzpodienstraße in neue Räume in der Siegfriedstraße umziehen werden.

Über die Gründe der fußgängerunfreundlichen Schaltfrequenzen lässt sich lange reden und rätseln. Aber dass sie sich ändern müssen, steht außer Zweifel.

Die Menschen in Alt-Lichtenberg können auf viele ähnliche „Brennpunkte“ im Revier hinweisen, die einer Prüfung unterzogen werden sollten, so z. B. an der Normannenstraße Ecke Ruschestraße.

Die Lage am B1-Übergang in Höhe der ehemaligen Sparkassen-Filiale Frankfurter Allee zur Buchberger Straße war schon 2012 im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt



Foto: Joachim Pampel

2013 thematisiert worden. Geschehen ist seither nichts.

Anknüpfend an den Bericht „Bürgerkommune beerdigt“ in der vorigen Ausgabe von „info links“ stellt unser Leser Rudolf Müller aus der Rüdigerstraße ganz konkrete „Vor-Ort“-Fragen an den Bezirksstadtrat Wolfgang Nünthel (CDU). Er erinnerte ihn an dessen Versprechen in einer öffentlichen Einwohnerversammlung im Frühjahr 2013, wonach die Rüdigerstraße in Höhe des Kreativgymnasiums 2014 instandgesetzt werde. Rudolf Müller: „Das Jahr 2014 geht schon einige Zeit ins Land, ohne dass hier vor Ort irgendwelche Vorbereitungen zu spüren sind. Ich habe das Vorhaben auch auf den Internetseiten des Bezirksamtes nicht finden kön-

*Ortstermin: So wie hier Claudia Höth steht man häufig an Fußgängerampeln. Springen sie um auf Grün und wenn Ja, wie lange bleiben sie grün?*

nen. Und wann wird nun endlich etwas gemacht?“

Bürgerinnen und Bürger benennen Brennpunkte in ihrem Kiez und bleiben an der Lösung dran. Wenn Sie Derartiges vorzubringen haben und uns mitteilen möchten: Wir bleiben gemeinsam dran.

(Weitere Infos über die kommunalen Interventionen Claudia Höths und Rudolf Müllers finden Sie unter [http://www.die-linke-lichtenberg.de/bvv\\_fraktion/vor\\_or/](http://www.die-linke-lichtenberg.de/bvv_fraktion/vor_or/).

Joachim Pampel

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

### Ausgezählt

Die „Zählgemeinschaft“ in der BVV verweigert sich der finanziellen und personellen Absicherung kommunaler Seniorenbegegnungsstätten. Das ist das Ergebnis der jüngsten Verhandlungen im Ausschuss für Soziales, in denen DIE LINKE Kriterien für die bevorstehende Übertragung dieser Einrichtungen zur Debatte stellte.

### Verkehrsvorschläge

Allein 150 Vorschläge zum Verkehr sind 2013 im Bezirk eingereicht worden. Deshalb hat DIE LINKE empfohlen, das Thema als Schwerpunkt des Bürgerhaushaltes 2014 zu bestimmen.

### Fördererzuwachs

Über hundert Lichtenbergerinnen und Lichtenberger traten in diesem Jahr schon der Gemeinschaft der Förderer von Tierpark und Zoo e.V. bei. Inzwischen ist deren Zahl auf mehr als 2 100 angewachsen. Zuletzt hatte „info links“ in der Ausgabe vom November 2013 dafür geworben.

### Miteinander

Das gemeinsame selbstverständliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen in Lichtenberg verankern – diesem Ziel soll die erste „Inklusionswoche“ dienen, die vom 12. bis 22. März 2014 im Bezirk stattfindet. Infos: [www.InWo-Lichtenberg.de](http://www.InWo-Lichtenberg.de)

### Bunkernutzung

Den Hochbunker in der Zwieseler Straße zur Jugendfreizeitstätte zu machen, war und ist der Vorschlag vieler Bürger. Diese Idee hat DIE LINKE in der BVV aufgegriffen und sich für eine entsprechende Machbarkeitsstudie eingesetzt.

### Post in „La Maison“

Obwohl die Deutsche Post ihre Filiale Seddiner Straße zum 31. März schließt, soll die Adresse für Postdienstleistungen erhalten bleiben. Ab 25. März wird Herr Nimz in seinem Geschäft „La Maison“ dringend benötigte Postdienstleistungen anbieten, teilt das Bezirksamt mit.

## Mehr Politikfähigkeit, weniger Agitation

Eindrücke eines Delegierten vom EU-Parteitag der LINKEN in Hamburg

Es war ein gelungener Start des Hamburger Parteitages: In intensiver und gründlicher Vorarbeit und in Abstimmung mit den Einreicherinnen und Einreichern hatten Parteivorstand und Antragskommission eine Vielzahl Anträge übernommen oder eingearbeitet, so dass eine überschaubare Anzahl von Anträgen in konstruktiver Weise auf dem Parteitag abgestimmt werden konnte. Der Programmentwurf von Dehm/Gehrcke wurde zurückgezogen.

Eine nochmalige Auseinandersetzung zu den Einleitungssätzen der Präambel, die im Vorfeld des Parteitages für Irritationen in der Öffentlichkeit sorgten und von den Medien besonders hochgespielt wurden, fand nicht statt. Sie wurden durch ausgewogene und der Sache angemessene Formulierungen ersetzt. Auch das trug zu einer entspannten und auf Ergebnisse orientierten Atmosphäre auf dem Parteitag bei.

Qualitative Verbesserungen des Entwurfs gab es meiner Meinung nach vor allem durch die Aufnahme wichtiger Passagen zum Verhältnis von Kommunal- und EU-Politik, zur Netzpolitik und Digitalisierung, zur feministischen und gegen patriarchale Herrschaftsstrukturen gerichteten Politik, zur Wissenschafts- und Bildungspolitik für den sozial-ökologischen Umbau, zur selbstbestimmten Behindertenpolitik, Wohnungspolitik, solidarischen Regional- und Strukturpolitik, der Stärkung von Verbraucherrechten, zum Ressourcenschutz und zur kulturellen Vielfalt in der Europäischen Union. Mit ihrem Wahlprogramm macht DIE LINKE auf dringend zu verändernde soziale, politische und ökologische Missstände in der EU aufmerksam und zeigt die Richtung für notwendige Alternativen an.

In der Generaldebatte wurden zentrale Aussagen des Programms nochmals bekräftigt. Was mich in diesem Zusammenhang immer wieder äußerst nervt, ist die Art und Weise, wie in Stil und Tonfall auf uns Delegierte eingeredet wurde. Unbedingt und konsequent müssten wir für eine friedliche, anti-militaristische, anti-neoliberale, demokratische EU eintreten. Aber allen, die dort im Saal saßen, war dieses Anliegen doch sowieso klar. Warum dann diese unaufhörlich aufklärerischen Beschwörungen?

Die in der Debatte sichtbar gewordenen unterschiedlichen Tendenzen bei der Beurteilung der gesellschaftspolitischen Situa-

tion der EU und den daraus abzuleitenden Schlussfolgerungen, ließen sich vielleicht so verallgemeinern: Während einige Rednerinnen und Redner in ständiger Wiederholung das düstere Bild einer neoliberalen, antidemokratischen, militaristischen und zutiefst menschenfeindlichen EU zeichneten, waren andere bemüht, eine differenziertere Sicht einzubringen.



*Es ging um Europa in Hamburg. Dazu gehörte auch ein Grußwort von Asuquo Udo (rechts), dem Sprecher der Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg.*

Steigerten sich erstere bis zu Feststellungen, dass mit dieser EU nichts an positiven Veränderungen zu erreichen sei, deshalb die EU neu gegründet werden müsste, unterzogen andere die Zustände einer nicht weniger scharfen Kritik, aber sahen durchaus Ansatzpunkte für eine wirksame linke Politik zur Veränderung der Umstände.

Meiner Meinung nach ist damit ein Grundproblem politischer Handlungsfähigkeit der LINKEN angesprochen. Ich glaube nicht, dass wir wirklich breite Schichten für unsere Politik gewinnen können, wenn wir ständig Schreckensbilder und geballte Ladungen Politpropaganda hinausposaunen. Konzentration auf politische Grundfragen, die das Profil unserer Partei deutlich machen, ist notwendig, verbunden mit Vorstellungen, wie wir hier und heute gedenken, politisch Einfluss zu nehmen, wie wir konkret auf gesellschaftliche Widersprüche reagieren wollen, auf welchen Wegen und mit welchen konkreten Schritten. Dazu gehören Aussagen, mit wem wir gemeinsam handelnd zu grundlegenden Veränderungen in der EU kommen und mit welcher Art Kom-

## Veranstaltungen

- **Donnerstag, 6.3., 15 Uhr**  
Frauentagsfeier mit der Sängerin Anne Fraune; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Donnerstag, 13.3., 14 Uhr**  
Gedenken an die Märzgefallenen; Blutmauer, Möllendorffstraße
- **Mittwoch, 19.3., 17 Uhr\***  
Tipps und Hinweise zu Wohnen und Mieten, mit Dr. Lieselotte Bertermann
- **Freitag, 21.3., 10 Uhr\***  
Tipps und Hinweise zu Wohnen und Mieten, mit Dr. Lieselotte Bertermann
- **Mittwoch, 26.3., 18 Uhr**  
„Titos Brille“, aus der Reihe „geDRUCKTES“ mit Adriana Altaras und Dr. Gesine Löttsch, MdB, Karl-Liebnecht-Haus, Anmeldung erbeten unter 24 009 497 oder Mail: gedrucktes@die-linke.de
- **Jeden 4. Donnerstag im Monat (nächster Termin: 27.3., 17 Uhr)**  
DIE LINKE bietet einmal pro Monat Rat und Hilfe zum Thema Wohnen und Mieten an. Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, Raum 523
- **Sonabend, 5.4., 10 Uhr**  
4. Tagung des 4. Landesparteitags; Abacus Hotel, Franz-Mett-Straße 9, Infos unter: [www.die-linke-berlin.de](http://www.die-linke-berlin.de)

Veranstaltungsort: \* Alfred-Kowalke-Straße 14

promise wir konfrontiert werden könnten. Darauf kommt es meiner Meinung nach an.

Und genau dazu – wie wir konkret und wirksamer streiten und handeln wollen – wurde auf dem Parteitag recht wenig gesagt. Hier müssen wir in dem Bemühen um eine ausgewogene Argumentation und eine verständliche, einfühlsame Sprache kräftig zulegen, um einen erfolgreichen Wahlkampf führen zu können.

Es sollte uns in erster Linie um Politikfähigkeit und weniger um Agitation gehen. Dazu gehört auch, ernsthaft und gründlich zur Kenntnis zu nehmen, wie DIE LINKE bisher konkret im Europäischen Parlament gearbeitet hat und was dabei erreicht wurde.

Zuversichtlich hat mich dieser Parteitag darin gestimmt, dass zukünftig bei der Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten weder nach Ost/West noch nach Strömungen, sondern einzig und allein nach Kompetenz der zu Wählenden entschieden wird, so wie es sich nach zehn Jahren für eine geeinte, solidarisch handelnde Linkspartei gehört.

Dr. Bernd Ihme





## Freundlicher Hinweis

„Der Boom-Bezirk des Berliner Ostens will hoch hinaus: Bezirksbürgermeister Andreas Geisel (SPD) möchte Lichtenberg noch kinder- und familienfreundlicher machen – am besten mit bundesweiter Vorbildfunktion.“  
(Berliner Kurier)

Ein kinder- und familienfreundlicher Bezirk Lichtenberg – diesen Anspruch unterstützt DIE LINKE ausdrücklich. Deshalb brachte sie in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 12. Dezember 2013 einen dringlichen Antrag ein, in dem es darum ging, die vom Bezirksbürgermeister wegen der hohen Kosten der Hilfen zur Erziehung verhängte Haushaltssperre im Jugendamt aufzuheben. Die Dringlichkeit lag auf der Hand: Der Ausgabestopp gefährdete die laufende Arbeit im Jugendamt.

Das hielt die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Grünen jedoch nicht davon ab, dem Antrag die Dringlichkeit zu verweigern und damit nicht einmal die Diskussion zu dem Thema zuzulassen.

Aber so schnell gibt DIE LINKE nicht auf. Sie nahm ihr Recht wahr, eine Sondersitzung der BVV zu beantragen. Die wurde vom Vorsteher für den 13. Januar um 16.30 Uhr

angesetzt. Die frühe Uhrzeit war dem Einwand von Mitgliedern der Zählgemeinschaft geschuldet, sie müssten am Abend an Parteiveranstaltungen teilnehmen.

Ein Entgegenkommen, das nicht honoriert wurde. Zur Sondersitzung am 13. Januar kamen die Fraktionen der PIRATEN und der LINKEN, nicht aber die der SPD, der CDU und der Grünen. Lediglich ein CDU-Verordneter war erschienen. Der zunächst ebenfalls anwesende Fraktionsvorsitzende der CDU verschwand unmittelbar vor Sitzungsbeginn. Die Versammlung war nicht beschlussfähig und konnte demzufolge nicht eröffnet werden. Als Begründung führten CDU, Grüne und SPD später an, die Uhrzeit 16.30 Uhr sei für berufstätige Verordnete ungünstig gewesen. Warum sie der Bitte um einen alternativen Vorschlag nicht nachgekommen sind, bleibt ihr Geheimnis. Ebenso wie die bis heute aufrechterhaltene Behauptung, ihnen sei ohne Absprache ein Termin aufgedrückt worden.

Der Vorgang ist in der Geschichte der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung einmalig. Eine Mehrheit hat damit das durch die Geschäftsordnung der BVV und die Verfassung des Landes Berlin verbriefte Recht der Minderheit einfach außer Kraft gesetzt. Das ist nicht nur ein Schlag gegen die Demokratie, sondern auch gegen fast die Hälfte aller Lichtenberger Wählerinnen und Wähler, die ihre Stimme den PIRATEN oder der LINKEN gegeben haben.

Die aufgrund der Dringlichkeit geforderte Sondersitzung wurde schließlich am 23. Januar nachgeholt. Als eine ihrer Prämissen hatte DIE LINKE formuliert: „Ein kinder- und familienfreundlicher Bezirk hängt keine Familien in schwierigen Lebenssituationen ab. Insbesondere keine alleinerziehenden Frauen mit Kindern.“ Die Zählgemeinschaft blieb sich auch hier treu und lehnte in bewährter Weise einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion ab.

Deshalb an dieser Stelle ein freundlicher Hinweis: Für einen wirklich kinder- und familienfreundlichen Bezirk gilt es, entschieden mehr zu tun. Erst recht für einen demokratiefreundlichen.

● **P.S.** Die SPD brachte in die jüngste Bezirksverordnetenversammlung am 20. Februar einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem sie ein Spaß- und Freizeitbad für Lichtenberg forderte. Ein Mitglied der PIRATEN-Fraktion kommentierte das so: „Dass hier einem Spaßbad die Dringlichkeit gewährt wird, nicht aber der Jugendhilfe, sagt alles über diese BVV.“  
Tanja Behrend

## Trauer um Peter Florin

Unser Lichtenberger Genosse Peter Florin ist tot. Er war der Sohn des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Florin, floh vor den Nazis in die Sowjetunion und kämpfte in der Roten Armee sowie als Partisan in Belorussland.

In besonderer Erinnerung bleibt er als stellvertretender Außenminister der DDR. Im Jahr 1972 hat er die DDR bei den Beitrittsverhandlungen zur UNO vertreten, war Ständiger Vertreter in New York, hat die DDR von 1980 bis 1981 im UN-Sicherheitsrat vertreten und war Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Am 17. Februar 2014 ist er gestorben. Damit fehlt uns ein teurer Genosse und wichtiger Ratgeber.

Evrin Sommer und Michael Grunst



Peter Florin bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreiben als Ständiger Vertreter der DDR bei den Vereinten Nationen an UN-Generalsekretär Kurt Waldheim am 20. September 1973.

## Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, nach telefonischer Vereinbarung
- **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach telefonischer Vereinbarung
- **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, 14. März, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum Fennpfuhl, Landsberger Allee 180 D
- **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0157/83 55 81 39, telefonische Sprechstunde: 27. März, 17–18 Uhr,
- **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, 13. März, 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43
- **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, 17. März, 17 Uhr, Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9

Wir kommen auch gern zu Versammlungen von Ortsverbänden, BO's oder zu Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

## Hauptversammlung

Der Bezirksvorstand der Lichtenberger LINKEN hat auf seiner Tagung am 24. Februar 2014 die 1. Tagung der 4. Hauptversammlung einberufen:

● **Sonnabend, 26. April 2014, 10 Uhr**  
Der Ort wird noch bekannt gegeben.

● **Vorläufige Tagesordnung**

- Konstituierung der Hauptversammlung
- Zur politischen Situation
- Vorbereitung der Europawahl
- Wahl des Bezirksvorstandes
- Beschlussfassung
- Diskussion

● **Delegiertenschlüssel**

- Jede BO hat ein Grundmandat.
- BO's mit mehr als 20 Mitgliedern können zwei, BOs mit mehr als 30 Mitgliedern drei Delegierte quotiert wählen.



Foto: DIE LINKE

Nein, wir haben es nicht übersehen: Beate Klarsfeld ist im Februar 75 Jahre alt geworden. Passend zu diesem Geburtstag hat DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin dem Senat vorgeschlagen, sie zur Ehrenbürgerin von Berlin zu machen.

## Schwarze Null?

Für eine schwarze Null würde Wolfgang Schäuble fast alles tun. Keine neuen Bundesschulden aufnehmen zu müssen, ist der Wunschtraum jedes neoliberalen Politikers. Schäuble möchte gern als der Finanzminister in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen, der es geschafft hat, die strukturelle Neuverschuldung auf Null zu bringen. Das hatten weder der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück noch dessen Vorgänger Hans Eichel vermocht.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ verwies auf die Berechnungen des Kieler Finanzwissenschaftlers Alfred Boss. Der geht davon aus, dass dem Minister zehn Milliarden Euro für einen ausgeglichenen Haushalt fehlen. Die Rechnung ist plausibel.

Was tun? Die Koalition hat ein ganz großes Problem: Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD hat einen Konstruktionsfehler. Die Steuereinnahmen reichen nicht für die Ausgaben.

Zur Erinnerung: Vor der Bundestagswahl wusste die SPD noch, dass sie Steuergerechtigkeit will. Sie wollte zum Beispiel die Stromsteuer senken und ausufernden Reichtum steuerlich begrenzen. Doch der Koalitionsvertrag schließt Steuererhöhungen kategorisch aus.

Deutschland ist nach Analysen des IWF eines der wenigen Länder in Europa, das seine Spielräume bei den Staatseinnahmen nicht ausnutzt. Immerhin rund 80 Milliarden Euro zusätzlicher Einnahmen im Jahr seien möglich. Diese Regierung will diese großen Spielräume nicht nutzen. Auf keinen Fall.

Wolfgang Schäuble versucht die Haushaltslöcher anders zu stopfen: Er greift in die Sozialkassen. Das ist ein Trick, der sich bitter rächen wird. Bei der Rente ab 63 Jahren will die Regierung die Rentenversicherung wie eine Zitrone auspressen, damit der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt nicht explodiert. Auch der Zuschuss zum Gesundheitsfonds soll um 3,5 Milliarden Euro gesenkt werden. Der Griff in die Sozialkassen ist riskant und unsozial. Ein ausgeglichener Haushalt auf Kosten der Sozialkassen wäre ein Pyrrhussieg. Jede Konjunkturabschwächung, jede neue Bankenkrise zwingt den Bundestag, die Zuschüsse an die Sozialkassen wieder zu erhöhen. Dann hat die ganze Trickerei nichts gebracht.

DIE LINKE sieht nur eine Möglichkeit für einen ausgeglichenen Haushalt: Mehr Steuergerechtigkeit bringt mehr Geld in die Staatskasse. Nur wer Reichtum begrenzt, gibt dem Staat die finanziellen Möglichkeiten, seine Aufgaben zu erfüllen.

Gesine Löttsch

## Zahl des Monats: 20 600

So viele deutsche Steuersünder haben sich laut einer Umfrage der Nachrichtenagentur dpa im Jahr 2013 selbst angezeigt. Legt man die konservative Schätzung von 50 000 Euro Steuernachzahlung pro Selbstanzeige zugrunde, sind 2013 etwa 1,3 Milliarden Euro Steuern nachgezahlt worden. Zusätzliche Strafzahlungen (außer einem geringen Zuschlag von fünf Prozent ab 50 000 Euro Hinterziehungssumme) musste keiner von ihnen leisten, denn Selbstanzeigen bei Steuerhinterziehung wirken strafbefreiend, wenn sie korrekt, fristgemäß und vollumfänglich erfolgen.

Es ist schon bezeichnend, dass dem Bund hierzu keine konkreten Zahlen vorliegen. Denn Steuervollzug ist Ländersache. Und die Landesfinanzbehörden gewähren nur in den seltensten Fällen Einblick in ihre Bücher.

Wir wissen allerdings, dass die Länder beispielsweise die Außenprüfung von Einkommensmillionären sehr unterschiedlich ernst nehmen. So prüften im Jahr 2009 Finanzbeamte in Sachsen immerhin 39 Prozent ihrer Einkommensmillionäre, während Hamburg – die Stadt mit den meisten Millionären – gerade einmal fünf Prozent ihrer reichen Bürger unter die Lupe nahm.

DIE LINKE forderte in einer Aktuellen Stunde im Bundestag ein Ende der Strafbefreiung bei Selbstanzeigen. Klaus Ernst fragte: „Warum ist ein Ladendiebstahl eine Straftat, gegebenenfalls mit gravierenden Folgen, während ein Steuerhinterzieher oft nicht mal vorbestraft ist, obwohl er zigtausend Euro hinterzogen hat?“ Tinko Hempel

## Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loettsch@wk.bundestag.de
- **Gemeinsame Sprechstunde** von Gesine Löttsch und Jugendstadträtin Dr. Sandra Obermeyer: 25.3., 17 Uhr, Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5 (Um Anmeldung wird gebeten!)

**Gesine Löttsch kommt gern in Veranstaltungen der BOs und Bürgerveranstaltungen. Ladet sie ein!**



## Ein wenig Kunst am Bau muss sein

In Lichtenberg gibt es mehrere hundert Kunstwerke, die öffentliche Gebäude, Parks, Plätze, Straßen, Bahnhöfe und Grünanlagen schmücken. Viele dieser Kunstwerke entstanden im Rahmen des Programms „Kunst am Bau“, wonach etwa 0,2 Prozent der Baukosten eines öffentlichen Bauvorhabens für Kunstwerke verwendet werden müssen.

Bereits 1928 erließ der preußische Minister des Innern ein Gesetz, wonach für insbesondere „beschäftigungslose und in Not geratene bildende Künstler“ Verdienstmöglichkeiten durch staatliche Aufträge geschaffen werden sollten. Zu Nazi-Zeiten verkam diese Regelung dazu, dass an den kalten Fassaden der öffentlichen Bauten volkstümliche Dekorationen angebracht wurden.

Nach dem Krieg übernahm die BRD 1950 diese Regelung. In der DDR wurde 1952 die „Anordnung über die künstlerische Ausgestaltung von Verwaltungsbauten“ erlassen und damit die bildende Kunst mit der Architektur verknüpft. Bis zu zwei Prozent der Baukosten sollten dafür ausgegeben werden. Allerdings wurde auch der Stil festgelegt: sozialistischer Realismus.



Die ehemaligen Gebäude des Gefängnisses Rummelsburg dienen heute einer ganz und gar zivilen Nutzung, dem Wohnen in exquister Lage an der Rummelsburger Bucht.



Die Kunstwerke im öffentlichen Raum in Lichtenberg sind manchmal offensichtlich – wie etwa der Schriftzug „Raum für Freiraum“ von Luc Wolff am Giebel des Museums Lichtenberg in der Türschmidtstraße. Andere Kunstwerke sehen wir nur nachts – so die intensiv leuchtenden grünen Lichtbänder unter der Brücke zwischen der Pfarrstraße und dem Wiesenweg. Mit diesem Werk wollte die Künstlerin Kerstin Wichmann ein Bindeglied zwischen Stadt und Natur schaffen.

Ein aktuelles Projekt für die Kommission „Kunst am Bau und im Stadtraum“ ist die Gestaltung eines Gedenkortes an der Rummelsburger Bucht. Auf dem Gelände des ehemaligen Arbeitshauses und Gefängnisses Rummelsburg soll über die Geschichte des Ortes mit künstlerischen Mitteln informiert werden. Etwa 90 Künstler haben sich in einer ersten Interessenbekundung beworben. Zehn sind nun ausgewählt worden, die einen Gestaltungsentwurf einreichen können. Am 28. Mai soll die Entscheidung für den Siegerentwurf fallen. Andreas Prüfer (DIE LINKE), der die Kommission „Kunst am Bau“ im Bezirksamt leitet, sagt: „Die vielen Informationen aus den über 100 Jahren Gefängnisgeschichte differenziert zu vermitteln, ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Es wird aber auch Zeit, dass das hier getan wird.“  
*Robert Sommer*

## info links

### Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin  
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Kathrin Gerlof

### Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE  
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: [lichtenberg@die-linke-berlin.de](mailto:lichtenberg@die-linke-berlin.de)

Web: [www.die-linke-lichtenberg.de](http://www.die-linke-lichtenberg.de)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 2/14: 3.3.2014

Die nächste Ausgabe erscheint am 10.4.2014

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 24.3.2014

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

## Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 9.3., 15.30 Uhr**  
„Rotkäppchen“, Puppen-Musik-Theater Zauberton; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, Eintritt: 2,50 €
- **Freitag, 14.3., 19.30 Uhr**  
Lesung zum 100. Todestag von Oskar Gregorovius mit dem Geschichtskreis Karlshorst e. V.; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Sonnabend, 15.3., 20 Uhr**  
Jazz Treff im Kulturhaus Karlshorst: „Black Heritage – die Wurzeln afrikanischer Musik“; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 9 €
- **Sonntag, 16.3., 16 Uhr**  
Kindertheater: „Der einzige Vogel, der die Kälte nicht fürchtet“ (ab 4 Jahre); Das Weite Theater, Parkaue 23
- **Sonntag, 16.3., 11 – 17 Uhr**  
Wochenendworkshop „Ölmalerei“, mit Michael Kain; Jugendkunstschule Lichtenberg, Demminer Straße 4
- **Freitag, 21.3., 19 Uhr**  
Zum letzten Mal: „Sie leben! Sie leben! Sie leben noch immer!“, ein Berliner Märchen von Lothar Trolle (ab 16 Jahre); Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Sonnabend, 22.3., 18 Uhr**  
„HimmelHerrGottNochmal?! Die zehn Gebote des Kabarett“, Jubiläumsrevue des Ensembles „Berliner TingelTangel“; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125, Eintritt 19 €
- **Sonnabend, 29.3., 11 Uhr**  
„Stolpersteine in Karlshorst“, Spaziergang mit Birgit Boden, Monika Kraus und Michael Hoedt; S-Bhf. Karlshorst, Ausgang Stolzenfelsstraße, 3 €
- **Ausstellungen**
  - Helmut Stromsky: „Zeichnung und Skulptur“, Eröffnung: Sonntag, 16.3., 14 Uhr; Mies van der Rohe Haus, Oberseeestraße 60, bis 1.6.
  - Sigrid Artes, Feyencen, Dieter Goltzsche: „Radierungen“, Vernissage: Mittwoch, 19.3., 19 Uhr; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, bis 27.4.
  - „Friedrich Scharnweber – der unbekannteste preußische Reformier“, Eröffnung: Freitag, 21.3., 19 Uhr; Museum Lichtenberg, Türschmidtstraße 24, bis 1.6.
  - „Die Kunst der Intervention III“, Künstler/-innen des Artist-in-Residence-Programms der Lichtenberg-Studios 2013, Eröffnung: Mittwoch, 26.3., 19 Uhr; Ratskeller, Möllendorffstraße 6, bis 9.5.